Pressemitteilungen

Staatsregierung baut Maßnahmen im Bereich Menschenhandel und Zwangsprostitution stetig aus – Gewaltschutz

17. Oktober 2024

Der Freistaat Bayern setzt durch unterschiedliche Maßnahmen ein wichtiges Zeichen im Kampf gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution. Bayerns **Sozialministerin Ulrike Scharf** betont zum Europäischen Tag gegen Menschenhandel am 18. Oktober: „Menschenhandel und Zwangsprostitution sind schwerwiegende Verstöße gegen die Menschenrechte. Ich werde mich weiter dafür einsetzen, dass wir dieses Unrecht bekämpfen. In Bayern sind wir bereits auf einem guten Weg: Wir setzen auf den Ausbau der Förderung der Fachberatungsstellen, intensivieren Aufklärungs- und Präventionsarbeit und sensibilisieren. Eine gute Zusammenarbeit aller Akteure ist dabei entscheidend.“

Die Bayerische Staatsregierung fördert bereits seit 1999 die Fachberatungsstellen Jadwiga und seit 2005 die von SOLWODI Bayern e.V. Im Jahr 2024 wurden diese mit insgesamt rund 848.000 Euro unterstützt. Die Beratungsstellen leisten ganzheitliche, auch psychosoziale Unterstützung und Beratung für Betroffene von Menschenhandel. SOLWODI Bayern e.V. stellt darüber hinaus Schutzunterkünfte zur Verfügung. Zudem werden Projekte der Fachberatungsstelle Jadwiga zur Aufklärung und Sensibilisierung von jungen Menschen, deren Angehörigen und zur Schulung von Mitarbeitenden von Anmeldebehörden nach dem Prostituiertenschutzgesetz gefördert. Auch wird derzeit die Kooperation zwischen den Akteuren durch Überarbeitung der Bayerischen Zusammenarbeitsvereinbarung unter Federführung des StMAS weiter verbessert.

Der am 17. Oktober 2024 veröffentlichte Bericht des Deutschen Instituts für Menschenrechte gibt einen Überblick über die Maßnahmen der einzelnen Bundesländer.

Pressemitteilung auf der Seite des Herausgebers